



# NEWSLETTER

*Gemeinsam für unsere Heimat*



**Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer**

Patienten- u. Pflegebeauftragter der Bayer.  
Staatsregierung, Pflegepolitischer Sprecher,  
Frankensprecher

**Wolfgang Hauber, MdL**

Innenpolitischer Sprecher

# NEUIGKEITEN AUS DEM BAYERISCHEN LANDTAG UND UNSERER HEIMAT MITTELFRANKEN

Juní 2022

Liebe Leserinnen und Leser,

endlich ist der Weg frei für die Wiederbelebung der Windenergie im Freistaat: Nach intensivem Ringen mit unserem politischen Partner konnten **wir eine Lockerung der 10H-Regel durchsetzen**. Jetzt können Windräder unter anderem auch in Wäldern aufgestellt werden. **Das ist gerade mit Blick auf explodierende Energiepreise ein wichtiger Schritt, um Bayern unabhängiger von fossilen Energieträgern zu machen**. Für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion ist aber auch klar: Damit die Energiewende gelingt, muss die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger oberste Priorität haben!

Um Teilhabe geht es uns auch beim **Seniorenmitwirkungsgesetz**, das wir FREIE WÄHLER im Landtag auf den Weg gebracht haben, um die politische Partizipation älterer Menschen in Bayern noch stärker zu fördern. Mehr zu diesen und vielen weiteren Themen lesen Sie auf den folgenden Seiten.

## Kabinett beschließt geänderte Bauordnung: Änderungen an 10H-Regel tragen Handschrift der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

**Windenergie in Bayern hat wieder eine Entwicklungschance – darauf hatten wir jahrelang hingearbeitet. Nun hat unsere Bayernkoalition den Weg freigemacht für eine Renaissance der Windkraft im Freistaat.** Der Wirtschaftsstandort Bayern erhält somit ein gutes Stück Energieautonomie zurück.

Konkret konnte die FREIE WÄHLER-Fraktion durchsetzen, dass der **Mindestabstand von Windkraftanlagen zur Bebauung in einigen Gebieten auf 1.000 Meter herabgesetzt** wird. Bisher sah die strenge 10H-Regelung vor, dass Windräder einen Mindestabstand vom Zehnfachen ihrer Höhe zu Wohngebieten einhalten müssen. In Bayern sind Anlagen mit Höhen um die 200 Meter üblich; damit betrug der Mindestabstand bisher rund zwei Kilometer. Mit der Ausnahmeregelung können nun unter anderem auch Windräder auf Flächen **in der Nähe von Gewerbe- und Industriegebieten** aufgestellt werden, um diese Gebiete mit Strom zu versorgen.



Auch **im Umfeld bedeutender Verkehrsinfrastruktur** wie Autobahnen, mehrstreifigen Bundesstraßen oder Haupteisenbahnstrecken können nun Anlagen mit weniger Abstand errichtet werden. Mehr dazu lesen Sie [HIER](#).

## Seniorenmitwirkungsgesetz: Regierungsfractionen stärken Mitsprache und Beteiligung



Es ist eines der großen Projekte aus dem gemeinsamen Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen von FREIEN WÄHLERN und CSU: das Seniorenmitwirkungsgesetz, für das die Regierungsfractionen jetzt gemeinsam den Weg freimachen. Im Kern sollen demnach alle Gemeinden eine ehrenamtliche Seniorenvertretung einrichten - eine Verpflichtung dazu wird im Gesetz jedoch nicht festgeschrieben. Für die Vertretung der Senioreninteressen auf Landesebene wird der sogenannte Landesseniorenrat geschaffen. Seine Mitglieder sind die Vertreter der Seniorenvertretungen der 2.056 kreisfreien und kreisangehörigen Gemeinden und der 71 Landkreise. **Der Landesseniorenrat wird künftig bei allen wichtigen Entscheidungen der Staatsregierung gehört, die Interessen von Senioren betreffen.** Damit stärken und institutionalisieren wir die politische Beteiligung von Seniorinnen und Senioren und geben ihnen ein starkes

Mitspracherecht auf allen politischen Ebenen. Wichtig war uns als FREIE WÄHLER Landtagsfraction, im **Sinne der kommunalen Selbstverwaltung die Kommunen nicht zur Einrichtung entsprechender Gremien zu verpflichten.** Das Bayerische Seniorenmitwirkungsgesetz wird zunächst im Ministerrat besprochen und dann nach der Sommerpause in Erster Lesung im Plenum des Bayerischen Landtages behandelt. Weitere Informationen erhalten Sie [HIER](#).

### Wir lehnen Verbot der Neuzulassung von Verbrennungsmotoren ab 2035 strikt ab: Potenzial klimaneutral hergestellter Kraftstoffe nutzen

Ab dem Jahr 2035 soll ein Verbot der Neuzulassung von Verbrennungsmotoren gelten – so der Beschluss des EU-Parlaments. Bayern wäre von einer solchen Beschränkung stark betroffen. **Mit einem Dringlichkeitsantrag fordern wir daher einen sofortigen Stopp dieser Pläne.** Denn zahlreiche Unternehmen im Freistaat müssten ihre Produktpalette massiv umstellen. Darüber hinaus verkennt der Entschluss des EU-Parlaments das Potenzial synthetischer Kraftstoffe, die klimaneutral hergestellt werden und künftig in klassischen Verbrennungsmotoren zum Einsatz kommen können. **Ein Verbot gefährdet nicht nur wichtige Teile des Wirtschaftsstandortes Bayern, sondern auch die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarer Mobilität.** Trotz erheblicher Anstrengungen steht noch immer keine ausreichende Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge zur Verfügung.



Zudem befindet sich der Stromsektor aktuell in einem tiefgreifenden Wandel, welcher massive Investitionen erfordert und den Strompreis enorm verteuert – zumindest für die Dauer der Transformation. **Die galoppierende Inflation darf durch ein ideologisch vorgegebenes Verbrennerverbot nicht noch weiter angeheizt werden.** Mehr dazu lesen Sie [HIER](#).

## Aufteilung des CO<sub>2</sub>-Preises zwischen Vermietern und Mietern: Wir lehnen Beschluss der Bundesregierung ab

Die Berliner Ampelregierung will den CO<sub>2</sub>-Preis bei Heizkosten künftig zwischen Vermieter und Mieter aufteilen. Die jeweilige Kostenübernahme soll dabei von der Energiebilanz des Gebäudes abhängig gemacht werden. Als FREIE WÄHLER-Fraktion positionieren wir uns klar gegen dieses Vorhaben. **Der Vermieter kann nicht für die individuellen Energiekosten seines Mieters eintreten, denn er kann dessen Heizverhalten und Warmwasserverbrauch nicht beeinflussen.** Damit wird mit der Regelung das Verursacherprinzip außer Kraft gesetzt und das Bauen und Vermieten unattraktiv. Darüber hinaus besteht ein erhöhtes Risiko, dass preiswerte Mietobjekte dem Markt für günstigen Wohnraum vollständig entzogen werden – etwa durch Renovierung, Umwandlung in Wohnungseigentum oder gar Stilllegung. **Des Weiteren ist zu befürchten, dass Einschränkungen hinsichtlich der Umlagefähigkeit von Heizkosten die Chancen für personenstarke Haushalte bei der Wohnungssuche weiter verringern.** Wenn Vermieter einen Teil der Heizkosten ihrer Mieter übernehmen müssen, werden sie möglicherweise kinderlosen Paaren und Alleinstehenden den Vorzug geben. Denn diese Personengruppen haben erfahrungsgemäß niedrigere Heizkosten und einen geringeren Warmwasserverbrauch. Dies wäre eine fatale Entwicklung, die wir keinesfalls unterstützen wollen. Weitere Informationen erhalten Sie [HIER](#).

## Die Berliner Ampelregierung

will den CO<sub>2</sub>-Preis bei Heizkosten künftig zwischen Vermieter und Mieter aufteilen – dies lehnen wir strikt ab!



Hans Friedl,  
Sprecher für Wohnen  
und Bauen der  
FREIE WÄHLER  
Landtagsfraktion

© FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

## Krisenbedingte Erhöhung der Wegstreckenentschädigung: FREIE WÄHLER fordern Unterstützung für Dienstfahrten mit privatem PKW



Hauber: „Die Preise für Diesel und Benzin sind zuletzt explosionsartig angestiegen, die Entlastungsmaßnahmen des Bundes sind verpufft. Nicht für alle Berufsgruppen kommen alternative Mobilitätsangebote in Betracht“

Der Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit sprunghaft angestiegenen Treibstoffkosten fallen nicht zuletzt bei Fahrten im Rahmen der dienstlichen Tätigkeit erheblich ins Gewicht. Aus diesem Grund fordert die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER nun eine Erhöhung der Wegstreckenentschädigung nach dem BayRKG zu prüfen. Dieses regelt die Leistungen zur Erstattung von Auslagen für Dienstreisen und Dienstgänge (Reisekostenvergütung) für die Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter des Freistaates Bayern sowie für Beschäftigte nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der

Länder.

„Die Wegstreckenentschädigung von derzeit 0,35 € kann die Aufwendungen für die dienstliche Nutzung des Privat-Pkw nicht mehr ausreichend kompensieren. Deshalb müssen wir jetzt handeln und die Beschäftigten und Beamten entlasten“, fordert der FW-Landtagsabgeordnete Wolfgang Hauber als Mitglied des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes. 65 Cent mehr für einen Liter E10 bzw. 85 Cent für einen Liter Diesel im Vergleich zum Vorjahr unterstreichen diesen Umstand. **„Von einer angemessenen Erhöhung der Wegstreckenentschädigung würden zudem auch zahlreiche weitere Berufsgruppen profitieren“**, führt Hauber weiter aus.

Auch der Verband der höheren Verwaltungsbeamtinnen und -beamten in Bayern e. V. (VHBB) hatte die Anpassung gefordert. Er ist fachlich in die fünf Bereiche (Recht, Technik, Forst, Kunst und Kultur und Lebensmittelchemie) gegliedert. Manche Bedienstete, etwa im Bereich Forst, sind durch die explosionsartige Erhöhung der Spritpreise sehr belastet. Hintergrund ist, dass viele Forstbedienstete im Außendienst (Forstrevier) ihre Dienstfahrten mit dem privaten PKW bestreiten.

Das Besserstellungsverbot macht es Arbeitgebern im Rahmen einer öffentlichen Förderung (z. B. in Einrichtungen der Jugendhilfe oder Einrichtungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung etc.) nicht möglich, ihre Beschäftigten besser zu vergüten als vergleichbare Angestellte des Zuwendungsgebers. Aus diesem Grund ist eine privatrechtliche Erhöhung der Wegstreckenentschädigung nicht zulässig.

MdL Hauber war Berichterstatter zu diesem Antrag, der im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, federführend behandelt wurde. **„Ich freue mich, dass der Antrag einstimmig angenommen wurde“**, so Hauber.

## Neubauprojekt Lebenshilfe Weißenburg: Beginn der Maßnahme noch in diesem Jahr

**Hauber: „Das Vorhaben betont die Stärken des Einzelnen und seine Einzigartigkeit. Das ist gelebte Inklusion!“**

Weißenburg. Der geplante Neubau von 24 Wohnplätzen der Lebenshilfe Altmühlfranken wurde in das diesjährige Jahresförderprogramm des Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales aufgenommen. Eine Information seitens der Regierung Mittelfranken wurde an die Lebenshilfe Altmühlfranken bereits in die Wege geleitet. Der Beginn der Baumaßnahme kann somit noch im Jahr 2022 erfolgen. Der Träger erhält einen Zuschuss von bis zu 4.358.100 Euro.

“Nach großem Einsatz für diese Maßnahme freue ich mich sehr, dass sich die Beharrlichkeit der letzten Jahre ausgezahlt hat und für Menschen mit Beeinträchtigungen adäquater Wohnraum geschaffen werden kann. Selbstverständlich haben auch Personen mit Einschränkungen ein Recht auf angemessenen Wohnraum und es ist wichtig, dass der Freistaat hier unterstützend mit eingreift“, betont Wolfgang Hauber, Landtagsabgeordneter der FREIEN WÄHLER. Acht der insgesamt 24 Plätze werden Menschen mit Autismus Spektrum Störung zuteil, 16 entfallen auf Förderstättengänger. Entstehen wird das Gebäude in der Wiesenstraße 28a in unmittelbarer Nähe zur bereits bestehenden Förderstätte der Lebenshilfe Weißenburg e.V. Die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner der Wohneinrichtung finden ihre Tagesstruktur in der benachbarten Förderstätte. In dieser werden sechs Gruppen für Menschen mit schwerer Behinderung sowie zwei Gruppen für Menschen mit Autismus Spektrum Störung vorgehalten. Die neue Einrichtung wird von den beiden Wohnbereichsleitungen geleitet werden.

Auch der Pflegepolitische Sprecher und Beauftragter der Staatsregierung für Gesundheit und Pflege, Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer begrüßt die Genehmigung der Baumaßnahme ausdrücklich: “Die Pflegerinnen und Pfleger, Pädagoginnen und Pädagogen der Lebenshilfe verdienen es, für ihre herausragende Arbeit auch herausragende Bedingungen vorzufinden. Diese werden mit dem modernen neuen Gebäude erfreulicherweise gegeben sein.”

Da sich die tägliche Arbeit mit den beiden Nutzergruppen in vielen Bereichen unterscheidet, wurde ein eigener Wohn- und Aufenthaltsbereich für beide Nutzergruppen notwendig. Dadurch ist gewährleistet, dass weder Störungen noch Ablenkung durch die jeweils andere Gruppe stattfindet. Die gemeinsame Nutzung eines Therapie- und Mehrzweckraumes dient hierbei als Raum für Begegnungen. Somit können im gesamten Regierungsbezirk Mittelfranken 2022 insgesamt fünf Wohnprojekte mit 116 stationären Wohnplätzen für Menschen mit Behinderung und damit mehr als in anderen Regierungsbezirken umgesetzt werden.

## Erster Nordschwäbischen Pflegegipfel in Gundelfingen



(Foto: Bürgerbüro Johann Häusler)

Am 27. Juni 2022 nahm ich als Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung am 1. Nordschwäbischen Pflegegipfel in Gundelfingen teil. Diese Veranstaltung, die eigentlich im Dezember 2021 vorgesehen war, aber Corona-bedingt verschoben werden musste, wurde von meinem Landtagskollegen Johann Häusler aus Wertingen durchgeführt.

Diese Tagung war dankenswerterweise mit hochkarätigen Vertreterinnen und Vertretern der Bereiche

Krankenhäuser, Sozialverbände, Gewerkschaften, Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen und aus der Politik besetzt.

Nach den Grußworten erläuterte MdL Häusler das Veranstaltungsmotto „Wege aus dem Pflegenotstand – muss der Pflegeberuf neu gedacht werden?“. Danach hielt ich hierzu ein Grundsatzreferat. Nach einer anschließenden Vorstellungsrunde folgten Kurzstatements der überregionalen Gäste, bevor in drei eineinhalbstündigen Runden sachlich, aber auch kontrovers und immer ergebnisorientiert die Themen „Pflegeberuf“, „Rahmenbedingungen/Strukturelles“ und „Schlussfolgerungen/Handlungsbedarf“ diskutiert wurden.

Am Abschluss der Veranstaltung wurde Resümee aus den Gesprächsrunden mit den sich daraus ergebenden Zielsetzungen gezogen und ich schloss die sehr gelungene Tagung mit einem Abschluss-Statement und Danksagungen ab.

## Augsburg und Dillingen: FREIE WÄHLER setzen auf Bayerns Polizei

### Dr. Mehring mit FW-Innenexperte Hauber zu Gast bei Präsidium und Polizeiinspektion



(Polizeipräsidium Schwaben Nord): v.l.n.r.: Markus Trebes, Fabian Mehring, Wolfgang Hauber, Martin Wilhelm

Parlamentarischen Besuch aus Mittelfranken empfing Dr. Fabian Mehring, der Parlamentarische Geschäftsführer der FW-Regierungsfraktion im Landtag, in der Region. Mit Wolfgang Hauber war auf Mehrings Einladung der innenpolitische Sprecher der Landtags-FW nach Nordschwaben gekommen. Anlass war der gemeinsame Besuch beider Landtagsabgeordneter bei der heimischen Polizei.

Gemeinsam mit Hauber, der vor seinem Landtagseinzug selbst 42 Jahre lange Führungsaufgaben im Polizeidienst wahrnahm, besuchte Mehring zunächst den frisch gebackenen Präsidenten des Polizeipräsidium Schwaben-Nord, Martin Wilhelm und dessen Vizepräsidenten Markus Trebes. Im Zuge des zweistündigen Spitzengesprächs in Augsburg informierten die Behördenleiter die Landtagsabgeordneten über die aktuellen Herausforderungen in ihrem Zuständigkeitsbereich, der sich von der Bezirkshauptstadt bis ins Nördlinger Ries erstreckt.

Dabei skizzierte Wilhelm auch die laufenden Umstrukturierungen und zeigte sich dankbar dafür, dass Schwabens Polizei dem höchsten Stellenaufwuchs im ganzen Freistaat entgegentreffe. Thema waren auch die Vorbereitungen zum nahenden G7-Gipfel auf Schloss Elmau. „Eine solche Veranstaltung parallel zum Tagesgeschäft zu bestreiten ist ein gewaltiger Kraftakt für unsere Beamten, der nicht zuletzt deshalb erneut in Bayern stattfindet, weil man bundesweit um die besondere Leistungsfähigkeit unserer bayerischen Polizei weiß“, lobte Hauber, der sich am Vortag im Oberland ein persönliches Bild dieses gigantischen Großeinsatzes gemacht hatte. Abgerundet wurde der Termin im Augsburger Präsidium durch den Besuch der Einsatzzentrale, von der aus die Polizeiarbeit in ganz Nordschwaben koordiniert wird. „Bereits eine Viertelstunde dabei zuzusehen öffnet einem die Augen dafür, was unsere Einsatzkräfte täglich für uns alle leisten“, zeigte Landespolitiker Mehring sich beeindruckt.



Im Anschluss an den Austausch mit dem Präsidium fuhren Hauber und Mehring zur Polizeiinspektion nach Dillingen, wo sie von deren Leiter Ralf Bührle und seiner Stellvertreterin Stefanie Engert empfangen wurden. „Wegen meiner Erfahrung im Polizeidienst ist es mir wichtig, nicht nur mit den Präsidien im Dialog zu sein, sondern vor Ort zu hören wie es im Alltag in der Fläche läuft“, sagte Hauber. Besonders beeindruckt zeigte sich Hauber im Zuge dessen vom schmucken Gebäude der ehemaligen Kaserne, in dem Dillingens Polizei ihre Heimat hat. Nach einer Führung durch die Räumlichkeiten und einem Besuch der „örtlichen Einsatzzentrale“ nutzten Mehring und Hauber die Gelegenheit zum Austausch mit der Spitze und den Mitarbeitern der Dillinger Einheit. Dabei ging es nicht einzig um die Personalausstattung der PI und deren bauliche Herausforderungen, sondern auch um spezifische Einsatzschwerpunkte in der Region und die Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf die Polizeiarbeit. Abschließend bedankten sich Hauber und Mehring für den herzlichen Empfang in Dillingen sowie den „gewaltigen Einsatz“ der örtlichen Beamten und zogen ein rundwegs positives Fazit: „Die Einsatzkräfte in unserer Region arbeiten hochprofessionell und sind zeitgleich nah an den Menschen unserer Heimat. Ihrer hervorragenden Arbeit verdanken wir es, dass Bayerns Polizei als ‚Freund und Helfer‘ wahrgenommen wird – das kommt nicht von ungefähr und ist in anderen Bundesländern völlig anders“, lobte Mehring. Hauber betonte im Zuge dessen das besondere Bekenntnis der Bayernkoalition zur Polizei im Freistaat und sagte abschließend: „Es lohnt sich, dass wir auf unsere Polizei setzen und sie bestmöglich mit Personal und Ausrüstung ausstatten. Das rechtfertigen unsere Beamten durch ihre hervorragende Arbeit“, so der FW-Innenexperte, der sich im Landtag seit Jahren erfolgreich für die Belange der Polizei stark macht.



(Polizeiinspektion Dillingen): v.l.n.r.: Stefanie Engert, Fabian Mehring, Wolfgang Hauber, Ralf Bührle

## FREIE WÄHLER-Fraktion fordert Lebensarbeitszeitkonto für Bayerns Beamtinnen und Beamte

München. Kurz vor dem G7-Gipfel auf Schloss Elmau wurden in München acht Mannschaftsbusse der Bundespolizei zerstört. Schon jetzt gibt es erste Rückmeldungen seitens der Polizeigewerkschaften, die Kritik an dem Personaleinsatz und der Organisation des Großereignisses äußern. „Was unsere Beamtinnen und Beamten erdulden müssen, zeigt der am Wochenende stattfindende G7-Gipfel schon jetzt deutlich – dies gilt unabhängig davon, ob sie im Polizeidienst oder in der Verwaltung tätig sind. Aus den vorliegenden Erkenntnissen müssen wir für die Zukunft lernen und die Rahmenbedingungen entsprechend anpassen“, erklärt Wolfgang Hauber, innenpolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion. Bayern sei mit seinem Sicherheitskonzept jedoch gut vorbereitet und werde derartige Zwischenfälle nicht hinnehmen. „Im Herzen Münchens brennen Polizeiautos. Solche Bilder kennen wir eher aus anderen deutschen Großstädten. Sie machen uns sehr betroffen“, so Hauber weiter. Gerade Großereignisse wie der G7-Gipfel brächten eine erhebliche Mehrbelastung für Beamtinnen und Beamte mit sich, die in einigen Fällen dankenswerterweise von Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichsten Teilen Deutschlands unterstützt würden. „Bei der Durchführung der Veranstaltung 2015 hat unsere Polizei innerhalb eines Monats fast so viele Überstunden erbracht, wie die geschätzten Kollegen des nach Bayern am stärksten beteiligten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen an Einsatzstunden insgesamt“, betont Hauber. Dem pflichtet Gerald Pittner, Fraktionssprecher für Fragen des öffentlichen Dienstes, bei. „Dieses Engagement muss gewürdigt werden. Es kann nicht sein, dass jedes Jahr aufs Neue Überstunden verfallen – und das in erheblichem Umfang. Dies widerspricht der Fürsorgepflicht des Staates!“, so Pittner. Beide Abgeordneten fordern daher die Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos für alle Beamtinnen und Beamten in Bayern und eine stärkere Fokussierung auf die Führungsverantwortung in den Behörden.

## Dr. Bauer wirbt erneut zum Tag der Organspende 2022 für eine erhöhte Spendenbereitschaft



Am 4. Juni 2022 war in diesem Jahr der Tag der Organspende. Alle acht Stunden stirbt ein Mensch auf der Warteliste, weil kein passendes Spender-Organ zur Verfügung steht! Erst vor zwei Jahren hat der Deutsche Bundestag eine Organspendereform auf den Weg gebracht. Man hat neue Angebote beschlossen und wollte auf mehr Aufklärung setzen. Kernelement sollte ein zentrales Bürger-Register sein, das sich nun leider aber verspätet.

Trotz dieser Reform ist es umso erschreckender, dass die Zahl der Organspenden Anfang dieses Jahres massiv zurückgegangen ist. Die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) hat von einem Einbruch um 29 Prozent im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahreszeitraum berichtet. Die DSO vermutet, dass die anhaltende Arbeitsüberlastung in den Kliniken einer der Gründe dafür sein könnte.

In unserem Nachbarland der Schweiz hat man erst am 15.05.2022 entschieden, beim Thema Organspende die Widerspruchslösung einzuführen. Dazu müssen die Schweizerinnen und Schweizer nun ein Register und eine breit angelegte Informationskampagne für die

Bevölkerung auf die Beine stellen. Außerdem gilt es, die rechtlichen Weichen zu stellen. Frühestens ab 2024 kann dann die derzeit gültige erweiterte Zustimmungslösung abgelöst werden.

Auch für unser Land wünsche ich mir eine Neuausrichtung der Organspende und bevorzuge persönlich die doppelte Widerspruchslösung. Ich fände es richtig, wenn jede Person grundsätzlich als Organ- bzw. Gewebespende gilt. Es sei denn, es liegt ein zu Lebzeiten erklärter Widerspruch oder ein entgegenstehender Wille vor. 2020 hatten wir im Deutschen Bundestag die Chance, uns für solch eine doppelte Widerspruchslösung zu entscheiden. Leider wurde diese Chance nicht genutzt, was ich sehr bedauere.

Ich möchte auch jetzt nochmals auf die wichtige gesellschaftliche Bedeutung der Organspende hinweisen und dafür werben, dass wir uns aktiv damit auseinandersetzen, mit dem Ziel die Spendenbereitschaft deutlich zu erhöhen. Jeder von uns trägt Verantwortung. Engagieren wir uns also weiter für unsere Gesellschaft, für unsere Patientinnen und Patienten und letztlich für uns selbst! Jeder kann von Organspende betroffen sein. Oftmals schneller und unerwarteter als gedacht. Spenden rettet Leben!



## Tag des öffentlichen Dienstes

Am 23. Juni fand der **UN-Tag des öffentlichen Dienstes** statt. Wir finden, der öffentliche Dienst ist das Rückgrat unserer Gesellschaft und verdient deshalb viel mehr Unterstützung. Mehr sagen Euch **Wolfgang Hauber** und **Gerald Pittner** hier im Video.

## Appell an junge Bürgerinnen und Bürger: Bitte jetzt Blutspendetermin vereinbaren!



Blut ist nach wie vor nicht ersetzbar. Deshalb sind Blutspenden unverzichtbar und für viele Patientinnen und Patienten die einzige Überlebenschance. Ein Unfall, eine Operation oder eine Krankheit können oft nur mit Hilfe von Blutkonserven oder Blutprodukten überstanden werden. Dabei ist die Spende selbst für einen gesunden Menschen unproblematisch und

einfach.

Der Blutspendedienst des DRK hat erst vor Kurzem mitgeteilt, dass die Blutspendezahlen aktuell eingebrochen sind. Ein Grund dafür scheinen pandemiebedingt verschobene Operationen zu sein, die nun nachgeholt werden.

Daher appelliere ich eindringlich an alle unsere Bürgerinnen und Bürger, Blut zu spenden, wann immer es möglich ist. Besonderes möchte ich aber auch die jungen Menschen in Bayern bitten, sich mit dem Thema Blutspende zu befassen und selbst Blut zu spenden.

### **Blutspende rettet Leben!**

Weitere Infos finden Sie unter [www.blutspenden.de](http://www.blutspenden.de) .

## KONTAKT UND IMPRESSUM

### **Wolfgang Hauber, MdL**

Abgeordnetenbüro  
Bahnhofstraße 19,  
91781 Weißenburg

**Tel.:** 09141 / 99 70 170

**Fax:** 09141 / 99 70 172

**E-Mail:**

[wolfgang.hauber@fw-landtag.de](mailto:wolfgang.hauber@fw-landtag.de)

**Homepage:**

[www.mdl-wolfgang-hauber.de](http://www.mdl-wolfgang-hauber.de)

**Facebook:**

[www.facebook.com/hauberwolfgang/](http://www.facebook.com/hauberwolfgang/)

**Instagram:**

[www.instagram.com/hauberwolfgang/](http://www.instagram.com/hauberwolfgang/)

**Twitter:**

[www.twitter.com/@HauberHauwei](http://www.twitter.com/@HauberHauwei)

### **Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL**

Abgeordnetenbüro  
Weinbergstr. 47,  
91623 Sachsen b. Ansbach

**Tel.:** 09827 – 207585

**Fax:** 09827 – 207586

**E-Mail:**

[peter.bauer@fw-landtag.de](mailto:peter.bauer@fw-landtag.de)

**Homepage:**

[www.frankensprecher.de](http://www.frankensprecher.de)

**Facebook:**

[www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher](http://www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher)

**Instagram:**

[www.instagram.com/peterbauerfrankensprecher](http://www.instagram.com/peterbauerfrankensprecher)

**Twitter:**

[www.twitter.com/@frankensprecher](http://www.twitter.com/@frankensprecher)

Sollten Sie Fragen, Wünsche, Kritik oder auch Lob haben, melden Sie sich gerne bei uns. Wenn Sie ein Problem vor Ort haben oder eine Veranstaltung planen, kommen Sie einfach auf uns zu. Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, antworten Sie einfach auf diese E-Mail!